

Forderungen zur Sicherung des Gesundheitswesens

Wolfram-Arnim Candidus, Präsident, Bürger Initiative Gesundheit, Augsburg

Der Aktionismus der Gesundheitspolitik unter Beeinflussung einseitiger Bestandssicherung der Lobbyisten führte 2015 zu vielen Gesetzen und könnte kurz-, mittel- und langfristig die Versorgungsstrukturen und die Finanzierung gefährden.

Wie in den letzten 30 Jahren wurden die Interessen der Bürger in den Hintergrund der Gesetzgebung gestellt und die Auswirkungen der Demografie unzureichend berücksichtigt. Diese führen zu einem Abbau der Zahler in die gesetzlichen Krankenkassen und einem Anstieg chronisch erkrankter und multimorbider Patienten. Steigende Kosten der innovativen Formen der Diagnose und Therapie blieben unberücksichtigt. Es wird zu weiteren Leistungskürzungen für Bürger, Versicherte und Patienten kommen, und dies trotz ständig steigender Beitragssätze.

Um dies gesundheitspolitisch zu unterstützen, soll die Zahl der aus Steuermitteln finanzierten stationären Einrichtungen reduziert werden. Es sollen Schwerpunktkliniken, vor allem die teuren Universitätskliniken, intensiv für die Behandlung der Patienten zuständig werden. Nachteil ist der Wegfall der wohnortnahen Versorgung, was sich besonders negativ auf eine alternde Gesellschaft mit entsprechenden Mobilitätsproblemen auswirkt. Eine



Wolfram-Arnim Candidus

strukturelle Anpassung der stationären Einrichtungen an künftige Anforderungen wäre vorteilhafter, und nicht das Reduzieren von Einrichtungen.

In einer ambulanten Versorgung sollen niedergelassene Mediziner durch wirtschaftlichen Druck dazu bewegt werden, die Freiberuflichkeit aufzugeben und in Anstellungsverhältnisse von Versorgungseinrichtungen zu gehen. Das reduziert sowohl die Motivation der ambulant tätigen Mediziner als auch das Leistungsangebot dieser Institutionen. Auch hier wäre es vorteilhaft, wenn die Strukturen einer ambulanten Versorgung in Kooperation mit stationären Einrichtungen finanziell gefördert würden, auch mit einer dem Aufwand entsprechenden Vergütung und entsprechender Anreizsysteme.

Trotz der bekannten Daten und Fakten zur Pflege wird diese Berufsgruppe nicht ausreichend finanziell unterstützt. Dies wird den Mangel an qualifizierten Fachkräften ausweiten und zum weiteren Abbau der Qualität führen. Es bedarf intensiver Bemühungen, um diesem Beruf den Stellenwert zukommen zu lassen, der ihm zusteht.

Die Gesetzgebungen zeigen keine Verbesserung für den Abbau der Schnittstellen zwischen Versorgung und Behandlung und Betreuung. Die strukturell und finanziell vorgegebenen Verhaltensformen der stationär, ambulant, pflegerisch oder rehabilitativ tätigen Berufsgruppen und Institutionen führen weiterhin zur Über-, Unter- und Fehlversorgung. Dabei werden finanzielle, technische und personelle Ressourcen vergeudet. Letztlich kommt es zur Rationierung in Versorgung und Vergütung.

Das politische Marketing mit den Schlagworten Qualitätsinstitut, Zweitmeinung, Terminvergabestellen, Versorgungs- und Pflegestärkung ist für die Beurteilung der laufenden Legislaturperiode eher vordergründig, für die Sicherung künftiger Versorgungsstrukturen wenig sinnvoll. Andererseits erhalten Institutionen wie der G-BA zunehmend Einfluss auf die Art und Weise der Versorgung und Behandlung.